



wissenschaftlichen Sozialismus  
ren. Fragt doch einmal einen so-  
zialistischen Arbeiter oder Funk-  
te er von Marx oder Engels in  
tel gelernt hat. Die Führung  
gar nicht erst zu fragen, bei  
es gewisse Hoffnungen. Wir  
die Pflicht, das sozialistische  
rußte in die sozialdemokra-  
tische Partei hineinzutragen. So

DEMOKRATISCHER KULTURBUND  
DEUTSCHLANDS  
SITZ DUSSELDORF  
LANDESVERBAND WASSERKANTE

Anschrift des Landessekretariats Wasserkante  
Wilhelm Bauche · Hamburg 1 · Mühlenhofstraße 6 · Fernruf 32 59 02

**A**ngesichts der ersten Bedrohung der deutschen Kultur durch immer stärker in die Erscheinung tretende Überfremdung und durch die unnatürliche Zerrissenheit unseres Vaterlandes ist ein kämpferisches Eintreten für die Wahrung ihrer gesunden Fortentwicklungsmöglichkeiten zur zwingenden Notwendigkeit geworden. Eine fortschrittliche, zukunftsformende Entwicklung unseres kulturellen Lebens ist allein in einer friedlichen, nicht vom Kriege bedrohten Welt und in einem einheitlichen demokratischen Deutschland möglich. Aus dieser Erkenntnis heraus ist im Sommer vorigen Jahres auf der Westdeutschen Kulturtagung 1950 in Düsseldorf der Demokratische Kulturbund Deutschlands (Sitz Düsseldorf) gegründet worden. In ihm sollen alle Männer und Frauen ihre geistige Heimat finden, denen Tradition und Erhaltung, wie vor allem auch Weiterentwicklung unserer nationalen Kultur in fortschrittlichem Sinne keine leeren Worte sind.

#### Was bietet die Ortsgruppe Hamburg?

Jeden Freitag, 20 Uhr, Klubabend im Theaterrestaurant der Richard-Ohnsorg-Bühne (P. Westergaard-Schmidt), Gr. Bleichen 23, mit Kurzvorträgen und anschließender Aussprache.

Freitag, den 19. Oktober, spricht Intendant Beiswanger über Leben und Werk der niederdeutschen Dramatiker Stavenhagen und Bosdorf.

Freitag, den 26. Oktober, spricht Walter Flöke über „Unterhaltung als tragendes Prinzip der Literatur.“

Freitag, den 2. November, spricht Wilhelm Bauche über „Formalismus und Realismus in der bildenden Kunst.“

Alle 14 Tage mittwochs, 20 Uhr, im Restaurant Peters, Durchschnitt 4 Ecke Grindelallee (5 Minuten vom Dammtorbahnhof) Spielabend: Schach und Tischtennis. Nächste Termine: 17. 10. – 31. 10. – 14. 11. – 28. 11. usw.

Am Donnerstag, dem 25. Oktober, um 20 Uhr, Konzertveranstaltung „Lied der Völker“

in Sagebiels Gesellschaftshaus, Dragonerstr. 14–15 mit Charlotte Nachtwey (Gesang) und Prof. Georg Greiner (Klavier) – Deutsche, romanische, slawische und nordische Volkslieder.

Nächste Termine der Veranstaltungen des  
FILM-FORUMS: 28. 10., 11. 11., 25. 11. usw.

Gäste sind jederzeit herzlich willkommen. Wir würden uns freuen, auch Sie begrüßen zu dürfen.

Approved For Release 2001/09/10 : CIA-RDP83-00415R010200020010-4



Approved For Release 2001/09/10 : CIA-RDP83-00415R010200020010-4

### ***Sterben für Washington?***

„Bettenbau ist wieder modern“, schrieb eine westdeutsche Illustrierte zu einer Bildreportage, auf der junge deutsche Männer zu sehen waren, die in schwarz-gefärbter Ami-Uniform „Hände an der Hosennaht, Brust raus, Kinn an die Binde“ in ihrer Baracke vor einem USA-Sergeanten stramm stehen. „Hinlegen Sie Schwein!“ stand auf einem Plakat, das die Jugendorganisation „Die Falken“ in Frankfurt am Main verbreitete, und das einen Rekruten zeigt, der auf dem Kasernenhof „geschliffen“ wird — der Frankfurter SPD-Polizeipräsident hat dieses Plakat beschlagnahmt...

### ***Warum eigentlich?***

Warum zeigt man uns in den Illustrierten Bilder unserer Jungens in abenteuerlichen Uniformen, warum verbietet man Plakate, die gegen die Remilitarisierung, gegen ein neues Massensterben Stellung nehmen?

Was denken sich eigentlich die Leute, die schon im voraus mit unseren Knochen Würfel spielen? Uns hat man nicht gefragt, uns will man anscheinend auch nicht fragen, wenn man General Eisenhower im fernen Amerika zum „Oberbefehlshaber der europäischen Streitkräfte“ ernannt und uns die äußerste ehrenvolle Aufgabe zuweist, etliche hundert Kilometer östlich vor seinem künftigen Hauptquartier irgendwo zwischen Elbe und Rhein zu verbluten! Sollen unsere Frauen und Kinder wirklich wieder angstgeschüttelt als lebende Fackeln durch brennende Straßenzüge rasen? Sollen sie wieder allnächtlich in die Bunker stürzen und nicht

nur um das Eigentum, sondern auch um das Leben ihrer Liebsten bangen? Sind unsere Männer wirklich nur dazu gut, von Kugeln durchlöchert, von Granaten zerfetzt zu werden, statt unsere im zweiten Weltkrieg zerstörten Städte wieder aufzubauen — nur weil man in Washington die Sowjetunion „kleinkriegen“ möchte.

Die großen Herren in Amerika glauben, sie haben uns im Sack. Sie haben Dr. Pünder und Dr. Köhler im bizonalen Wirtschaftsrat (wer kennt heute noch die Namen dieser schwankenden Gestalten der westdeutschen Nachkriegspolitik?) ihre Marshallplankredite zugewiesen — und wir, die wir Teuerung und anschließend Arbeitslosigkeit über uns ergehen lassen mußten, sollen diese Kredite nun mit Blut und Menschenfleisch zurückzahlen. Schon hat Mister Truman erklärt, an Stelle des Marshallplans sollten von jetzt an offene Ausrüstungskredite treten. Und einer seiner Kollegen, der Vorsitzende des Bewilligungsausschusses im amerikanischen Parlament, Clarence Cannon erklärte, wie Trumans „New York Times“ am 14. April 1949 meldete:

„Die USA müsse bereit sein, die Soldaten anderer Nationen auszurüsten. Mögen diese ihre Jungens ins Gemetzel schicken: so daß wir unsere Jungens nicht hineinzuschicken brauchen. Das ist es, was die Atombombe für die USA bedeutet.“

Und wieder ein anderer „ehrenwerter“ USA-Abgeordneter der Senator Poage, hat im offiziellen Organ des amerikanischen Parlaments, „Congressional Record“ am 8. November 1949 geschrieben:

„Ich weiß, daß die Aufstellung der von mir vorgeschlagenen Formationen zahllosen jungen Amerikanern das Leben retten wird.“

Was also heißt, daß die deutsche Jugend es dafür lassen soll.

Die Hauptzeitung der Truman-Partei, die „New York Times“, hat deshalb ganz offen proklamiert:

„Es wird ganz besonders notwendig sein, neue Quellen für Menschenreserven zu finden, die nur aus Deutschland kommen können, und die europäische Industrie, die billiger als die USA liefern kann, auf Rüstung umzustellen. Das amerikanische Volk hat ein Recht, für jeden Dollar, den es ausgibt, auch Kampfkraft im Werte eines Dollars zu erwarten.“

Wir danken recht schön, sehr verehrter Mister! Von Ihren Dollars haben wir nichts gesehen, oder richtiger: Die Leute in Westdeutschland, die diese Dollars eingesäckelt haben, wollen uns nun als Gegenwert in Form von „Menschenreserven“ und „Kampfkraft“ verschachern. Wir aber sagen: Ohne uns!

## Kriegsbotschaft aus New York

Als die Außenminister Frankreichs, Englands und der USA am 19. September 1950 beschlossen, daß mehr Besatzungssoldaten nach Westdeutschland gepumpt werden sollen, daß eine neue Wehrmacht (vorläufig als Polizeiarmee getarnt) aufgestellt werden soll, da haben sie nur aufgeführt, was die oben zitierten Leute aus der amerikanischen Großfinanz längst vorher ausgeplaudert hatten. Uns haben sie nicht gefragt!

Der Außenministerbeschuß von New York bedeutet für uns: Erhöhung der Lohn- und Einkommensteuern, Fortfall von Steuerbegünstigungen, Erhöhung des „Notopfers“, Erhöhung des Benzinpreises. Schon werden Tausende von Wohnräumen für zusätzliche Besatzungstruppen beschlagnahmt, für die Schumacher und Adenauer die Propagandatrommel führen. Schon frieren wir in der eigenen Wohnung, weil unsere Hausbrandkohle von der internationalen Rüstungsindustrie geschluckt wird. „Die Aktie steigt, wenn der Mann auch fällt“, hieß es im ersten Weltkrieg — soll das wieder so werden?



Und das ist alles erst der Anfang! Wie hoch wird sich die Steigerung der Besatzungskosten belaufen? Jede Mark für Kanonen ist eine Mark weniger für Lebensmittel, das haben wir schon zweimal durchexerziert. Was wird aus den Opfern zweier Weltkriege, wenn jeder Pfennig jetzt für die Vorbereitung des dritten verbraucht wird? Was wird aus dem Wohnungsbau? Was wird aus dem Lastenausgleich? Wenn Arbeiter, Angestellte, Bauern, Geistesschaffende, Beamte, Handwerker, Unternehmer jetzt schon — angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten — die Steuerlast unerträglich finden, was soll erst werden, wenn die Steuer- und Preisschraube immer stärker angezogen wird?

## **Atombombe - Kriegsschauplatz - Tote Zone?**

Diese Politik mag gut sein für amerikanische Rüstungskönige und Großbankiers. Für uns wäre sie Selbstmord! Mitten in Deutschland würde der Krieg beginnen. Wir wären das erste Bombenziel, unsere Heimat das erste Schlachtfeld. Die amerikanische Zeitschrift „Life“ hat bereits im Sommer 1949 den Plan des USA-Generalstabs ausgeplaudert, gegebenenfalls Atombomben auf die westdeutschen Industriestädte abzuwerfen.

Schumachers Parteifreund, der französische Kriegsminister Moch, der es ja genau wissen muß, sagt offen, die oberste Sorge des Nordatlantik-Generalstabs sei, das Gebiet zwischen Rhein und Elbe — also Westdeutschland! — als „Manövrierfeld“ zu besitzen. Die Sprenglöcher im Loreleifelsen und im ganzen oberen Rheintal zeigen, wie ernst es den Herren damit ist, Westdeutschland in eine tote Zone zu verwandeln. Und zu all dem will man uns zumuten, auf fremden Befehl gegen unsere eigenen Brüder und Schwestern im Osten zu kämpfen. Deutsche sollen auf Deutsche

schießen — das könnte ihnen so passen! Allein deshalb schon kämpft jeder anständige Deutsche mit Abscheu und Empörung gegen die Pläne der Remilitarisierung und Kriegsvorbereitung.

### ***Friedensbotschaft aus Prag***

Können wir etwas gegen diese furchtbaren Vernichtungspläne tun? Jawohl, wir können es! Wenn wir Deutschen in Ost und West einig sind, wenn wir uns miteinander verständigen, dann werden auch die Herren aus Amerika sich schwer hüten, allein auf sich gestellt, einen Krieg in Deutschland zu entfesseln.

Eine unermessliche Hilfe bei dieser unserer Selbstverteidigung gegen die Kriegspläne haben uns die Außenminister der acht Staaten gegeben, die sich am 21. Oktober 1950 in Prag auf Initiative der Sowjetunion versammelten und dort eine Erklärung von historischer Bedeutung veröffentlichten. Die Sowjetunion, Albanien, Bulgarien, Polen, Rumänien, die Tschechoslowakei und Ungarn waren dort vertreten, und sie zogen als gleichberechtigten Partner den Außenminister der Deutschen Demokratischen Republik, Georg Dertinger, hinzu. Hier — anders als in New York — wurden wir Deutsche gefragt! Und wenn es noch nicht das ganze Deutschland war, so wird es mit an uns liegen, dafür zu sorgen, daß die unheilswangere Spaltung unseres Vaterlandes beendet wird, und die Prager Erklärung hilft uns dazu. Ihr erster Vorschlag lautet:

„Abgabe einer Erklärung der Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion darüber, daß sie die Remilitarisierung Deutschlands und seine Einbeziehung in jegliche Aggressionspläne nicht zulassen und konsequent die Potsdamer Beschlüsse zur Sicherung der Bedingungen für die Bildung eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen deutschen Staates durchführen werden.“

### ***Wir Deutschen müssen handeln!***

Jetzt dürfen wir nicht tatenlos abwarten, ob eine solche einheitliche Erklärung ohne unser Zutun zustande kommt, oder ob die Großmächte weiterhin uneinig sind. An uns liegt es, vor aller Welt unmißverständlich kundzutun, daß wir die in New York beschlossene Remilitarisierung niemals dulden werden! An uns liegt es, daß wir unter gar keinen Umständen zulassen werden, daß auf deutschem Boden ein Krieg entfesselt wird! An uns liegt es, wie ein Mann zu erklären, daß sich die Deutschen in Ost und West niemals aufeinander hetzen lassen! Wenn wir Deutschen untereinander einig sind, gibt es keine Macht auf Erden, die Deutschland in eine tote Zone und unsere Jugend in Kanonenfutter verwandeln kann!

Deshalb rufen wir alle Deutschen guten Willens auf: Widersetzt Euch mit aller Kraft jeder Militarisierung, die nur Unheil, Tod und Verwüstung über unser Vaterland bringen kann! Verlangt, daß sich die Vertreter Ost- und Westdeutschlands an einen Tisch setzen, daß sie im Interesse des Friedens und der Wiedervereinigung Deutschlands unverzüglich Verhandlungen aufnehmen! Verlangt, daß sie gemeinsam, im Namen unseres Volkes, jede Remilitarisierung Deutschlands ablehnen und von den vier Mächten einen Friedensvertrag für unser Volk fordern! Angesichts der ersten Gefahr des Krieges, die das ganze deutsche Volk in den Abgrund zu reißen droht, lautet das heilige Gebot für jeden Deutschen: Seid einig, verständigt Euch!

**Alles für den Frieden!**

**Alles für Deutschland!**

Westdeutscher Ausschuß  
der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands  
Alster-Druck GmbH, Hamburg 24, Valentinskamp 40/42

**Achtung!**

**Achtung!**

***Eine Frau auf der Anklagebank!  
Kriegsverbrecher auf freiem Fuße!***

**Dazu spricht am Sonntag, dem 4. November 1951, vormittags um  
10.00 Uhr in den Kammerlichtspielen Grindel-Allee**

**Senator a. D. Herr Franz Heitgres**

**Wir laden auch Sie dazu ein!**

**Komitee zur Verteidigung  
demokratischer Rechte**

Verantwortl. für Druck u. Inh. Herbert Moritz, Hbg. 19, Fettstr. 11a 2. Etg.

# *Delegierten-Ausweis*

II. Landesdelegierten-Konferenz  
der

GESELLSCHAFT  
FÜR DEUTSCH-SOWJETISCHE FREUNDSCHAFT  
Landesgruppe Hamburg

am 27. und 28. Oktober 1951

im Stellingener Park · Hamburg-Stellingen · Gazellenkamp 168  
Endstation Linie 16 Hagenbecks Tierpark

Approved For Release 2001/09/10 : CIA-RDP83-00415R010200020010-4

# **Stalin-Interview**

mit einem Korrespondenten der  
„Prawda“ zur

## **Frage der Atomwaffe**

Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft

Approved For Release 2001/09/10 : CIA-RDP83-00415R010200020010-4

**„Die Sowjetunion denkt nicht daran,  
jemals die USA oder irgendein  
anderes Land zu überfallen“      Stalin**

Parallel mit der Verwirklichung des Washingtoner Kriegspaktes durch Ausbau Westdeutschlands zur Ausgangsbasis für einen Krieg gegen die Sowjetunion setzt gleichzeitig ein verschärftes Trommelfeuer zur Irreführung und Verwirrung der Volksmassen ein, um sie blinden Auges erneut in den Krieg hineinziehen zu können. Man hält die Volksmassen für so vergeblich, daß man glaubt, heute wiederum mit der Lüge von der „Gefahr aus dem Osten“ die Menschen hinters Licht führen zu können.

Wenn Adenauer in seiner Rede zur Washingtoner Konferenz die „Beteiligung Deutschlands an der in Vorbereitung befindlichen europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ begrüßte, so begründete er dies mit genau denselben Argumenten, wie wir sie früher von Hitler und Goebbels hörten. Genau wie diese lügt er, daß es keine „Freiheit“ mehr gebe, daß die abendländische Kultur, daß „alles was uns heilig und was uns teuer ist“, der Vernichtung anheim fällt, wenn keine „Verteidigungsfront gegen die russische Bedrohung“ errichtet würde.

**Was ist die Wahrheit?**

Es ist eine geschichtliche Tatsache, daß die Sowjetunion von der Stunde ihrer Geburt an eine konsequente Politik des Friedens gegenüber allen Völkern betrieb, daß sie niemals einen Angriffskrieg gegen ein anderes Volk, sondern immer nur Verteidigungskriege gegen einen Angreifer führte.

Es ist eine geschichtliche Tatsache, daß die Sowjetunion in ihrem Verhältnis zu Deutschland immer Verständigung und Freundschaft suchte.

Sie stand gegen Versailles, sie schloß den Rapallo-Vertrag mit Rathenau und Wirth im Jahre 1922, sie bekämpfte die Okkupation des Ruhrgebietes durch Poincaré 1923, sie half Deutschland in der großen Wirtschaftskrise in den Jahren 1928—29. Sie vergalt nicht Rache gegen Rache angesichts der Verbrechen Hitlers am sowjetischen Volk, so wie es Goebbels phrophezeit hatte, sondern kämpfte und kämpft für ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland.

Und es ist eine geschichtliche Tatsache, — die manche Leute scheinbar vergessen haben —, daß die Sowjetunion alle Aggressoren gegen ihr Land geschlagen und die Eindringlinge von ihrem Territorium verjagt hat.

Es ist schließlich eine historische Tatsache, daß es die Kanonenkönige der westlichen Länder waren und noch sind, die in den Jahren seit der Existenz der Sowjetunion die Völker des Sowjetlandes immer wieder überfielen. Allen Aggressoren war dabei gemeinsam, daß sie zur Tarnung ihrer Ueberfälle und Interventionen das Schlagwort von der „sowjetischen Gefahr“ anwandten.

**Diese Tatsachen zeigen, wer den Frieden will und wer zum Kriege rüstet.**

Diese Tatsachen unterstreichen erneut das Interview des Vorsitzenden des Ministerrates der Sowjetunion, J.W.Stalin, das er am 5. Oktober 1951 einem Korrespondenten der „Prawda“ gab.



Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft erlaubt sich, Ihnen hiermit den Wortlaut des neuen Stalin-Interviews zu übermitteln:

*Frage:*

„Was denken Sie über den Lärm, der kürzlich in der ausländischen Presse angesichts des Atombomben-Versuches in der Sowjetunion erhoben wurde?“

*Antwort:*

„Tatsächlich wurde bei uns ein Versuch mit einer der Arten von Atombomben durchgeführt. Versuche mit Atombomben verschiedener Kaliber werden auch weiterhin gemäß dem Plan zur Verteidigung unseres Landes gegen einen Ueberfall des anglo-amerikanischen aggressiven Block durchgeführt werden.“

*Frage:*

„Angesichts des Atombombenversuches schlagen verschiedene Politiker der USA Alarm und schreien von einer Bedrohung der Sicherheit der USA. Gibt es irgendeinen Grund für eine solche Beunruhigung?“

*Antwort:*

Zu einer solchen Beunruhigung besteht keinerlei Anlaß. Den Politikern in den USA kann es nicht unbekannt sein, daß die Sowjetunion nicht nur gegen eine Anwendung der Atomwaffe eintritt, sondern auch für deren Verbot, für die Einstellung ihrer Produktion. Bekanntlich hat die Sowjetunion wiederholt das Verbot der Atomwaffe gefordert. Doch jedesmal stieß sie auf Ablehnung seitens der Mächte des Atlantik-Blocks.

Das bedeutet, daß im Falle eines Ueberfalls der USA auf unser Land die herrschenden Kreise der USA die Atom-bombe anwenden werden. Eben dieser Umstand war es, der die Sowjetunion zwang, die Atomwaffe zu besitzen, um den Aggressoren wohlgerüstet zu begegnen.

**Selbstverständlich wollen die Aggressoren, daß die Sowjetunion im Falle eines von ihnen gegen sie ausgeführten Ueberfalles ungerüstet ist. Doch die Sowjetunion ist damit nicht einverstanden und ist der Ansicht, daß man dem Aggressor wohlgerüstet empfangen muß.**

Folglich, wenn die USA nicht die Absicht haben, die Sowjetunion zu überfallen, so muß man die Beunruhigung der USA-Politiker für gegenstandslos und unecht halten, **denn die Sowjetunion denkt nicht daran, jemals die USA oder irgendein anderes Land zu überfallen.**

Die Politiker der USA sind unzufrieden darüber, daß nicht nur die USA, sondern auch andere Länder und vor allen Dingen die Sowjetunion über das Geheimnis der Atomwaffe verfügen. Sie möchten, daß die USA ein Monopol der Atombombenproduktion besitzen, daß die USA die uneingeschränkte Möglichkeit haben, anderen Ländern Furcht einzuflößen, um sie zu erpressen. Doch wie kommen sie eigentlich dazu, so zu denken? Mit welchem Recht erfordern etwa die Interessen der Erhaltung des Friedens ein solches Monopol? Wäre es nicht richtig zu sagen, daß sich die Sache gerade umgekehrt verhält? Das gerade die Interessen des Friedens vor allen Dingen die Liquidierung eines solchen Monopols erfordern und damit das unbedingte Verbot der Atomwaffe?

Ich denke, daß die Anhänger der Atombombe dem Verbot der Atombombe nur in dem Fall zustimmen würden, wenn sie sehen, daß sie nicht mehr das Monopol besitzen.“

*Frage:*

„Was denken Sie über eine internationale Kontrolle auf dem Gebiet der Atomwaffe?“

*Antwort:*

„Die Sowjetunion setzt sich für das Verbot der Atomwaffe und für die Einstellung der Atomwaffenproduktion ein. Die Sowjetunion setzt sich für die Errichtung einer internationalen Kontrolle darüber ein, daß ein Beschluß über ein Verbot der Atomwaffe, die Einstellung der Atomwaffenproduktion und die Verwendung der bereits hergestellten Atombomben ausschließlich für zivile Zwecke mit aller Genauigkeit und Gewissenhaftigkeit durchgeführt wird.

Die Sowjetunion setzt sich gerade für eine solche internationale Kontrolle ein.

Die amerikanischen Politiker sprechen auch von einer Kontrolle, doch ihre Kontrolle geht nicht von der Einstellung der Atomwaffenproduktion, sondern nur von der Fortsetzung dieser Produktion aus, dabei in einem Ausmaße, das den Rohstoffmengen entspricht, über die das eine oder andere Land verfügt. Folglich geht die amerikanische Kontrolle nicht von dem Verbot der Atomwaffe, sondern von ihrer Legalisierung und Legitimierung aus. Damit wird das Recht der Kriegsbrandstifter, mit Hilfe der Atomwaffe Zehntausende, ja Hunderttausende friedlicher Menschen zu vernichten, legalisiert.

Es ist nicht schwer zu verstehen, daß dies keine Kontrolle ist, sondern ein Hohn auf eine Kontrolle, ein Betrug an dem Friedenssehnen der Völker. Es ist begreiflich, daß eine solche Kontrolle die friedliebenden Völker nicht befriedigen kann, die das Verbot der Atomwaffe und die Einstellung ihrer Produktion fordern.“